



PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



Zwischen Anfeindungen und lähmenden Erinnerungen

Landesbeauftragte Editha Westmann informiert über die Auswirkungen des Ukrainekriegs

In diesen Tagen erreichen uns immer wieder Nachrichten, insbesondere in den sozialen Medien, von pauschalen Anfeindungen gegenüber russischsprachigen Menschen und Spätaussiedlern aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, die bei uns in Niedersachsen zuhause sind. Die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, richtet daher einen eindringlichen Appell an die Öffentlichkeit: „Wir dürfen keinesfalls unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit russischem Migrationshintergrund für Putins grausamen Krieg in Mitverantwortung nehmen. In dieser schwierigen Zeit müssen wir den breiten Zusammenhalt in unserer Gesellschaft im Blick behalten und Ausgrenzungen sowie Anfeindungen deutlich entgegentreten“.

Editha Westmann ruft in diesem Zusammenhang dazu auf, die Berichterstattungen über Anfeindungen in den sozialen Medien kritisch zu überprüfen, da es leider immer wieder zu sogenannten Fake News kommt, die eine Spaltung der Gesellschaft zum Ziel haben. „Ich erlebe zurzeit eine große Solidarität mit den Menschen in und aus der Ukraine. Die allermeisten Spätaussiedler sind empört und schockiert über den von Putin zu verantwortenden Krieg und beteiligen sich an zahlreichen Hilfsaktionen für die Menschen in der Ukraine, sammeln Spenden und nehmen Geflüchtete bei sich auf. Sie erkennen die grenzenlose Propaganda aus dem Kreml und orientieren sich an einer sachlichen Berichterstattung westlicher Medien“, so Editha Westmann. Sie betont zudem, dass die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland vorbildliche Hilfestellungen für Geflüchtete nach ihrer Ankunft in Niedersachsen leistet und insbesondere die Kinder aus der Ukraine unterstützt. Dieses Engagement ist unverzichtbar und zeigt, wie wichtig die Rolle der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände in dieser schwierigen Zeit ist.

Die Landesbeauftragte erreichen zurzeit viele Anrufe und Schreiben von Menschen, die den Zweiten Weltkrieg erlebt haben, flüchten mussten, vertrieben wurden oder in russischer Kriegsgefangenschaft schreckliches Leid ertragen mussten. Sie alle zeigen sich ausgesprochen solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und leisten vielfach einen Beitrag, um den Menschen in der Ukraine und den Geflüchteten zu helfen. „Der Krieg in der Ukraine katapultiert die über Jahrzehnte unterdrückten und nie ganz verarbeiteten traumatischen Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges bei der Erlebnissgeneration wieder ins Bewusstsein. Das ist ein

schmerzlicher Prozess, zu dem noch die Angst vor einem sich weiter auf Europa ausdehnenden Krieg kommt“, erklärt Editha Westmann.

Im Büro der Landesbeauftragten treffen derzeit zahlreiche Anfragen von Geflüchteten aus der Ukraine ein, die deutsche Wurzeln haben und auf ein Aufnahmeverfahren als Spätaussiedler hoffen. „Das Verfahren ist ausgesprochen vielschichtig und bedarf einer eingehenden Beratung durch das Bundesverwaltungsamt in Friedland. Wir beraten den Personenkreis lediglich über die ersten Schritte nach der Ankunft in Niedersachsen, zudem finden die Betroffenen auf meiner Homepage <https://lbhs.niedersachsen.de/startseite/> ein Info-Blatt in deutscher, ukrainischer und russischer Sprache“, so Editha Westmann. Sie betont, dass der Personenkreis nicht ohne einen vorab telefonisch vereinbarten Termin nach Friedland fahren sollte, da die Kapazitäten des Bundesverwaltungsamtes begrenzt sind.

Die Hotline des Bundesverwaltungsamtes lautet 0228-99358-20225 und ist von Montag bis Donnerstag von 8.00 bis 16.30 Uhr, Freitag von 8.00 bis 15.00 Uhr und Samstag /Sonntag von 8.00 bis 13.00 Uhr zu erreichen.

Hannover, den 22. März 2022